

KÖLN ROT

SOZIALDEMOKRATISCHE POLITIK
VON 1945 BIS HEUTE

Herausgegeben von
Jochen Ott, Thomas Deres
und Wolfgang Uellenberg-van Dawen

Die Herausgeber danken der Hans-Böckler-Stiftung für ihre Unterstützung.

© Greven Verlag Köln, 2008
www.Greven-Verlag.de
Lektorat: Stefan Wunsch, Köln
Satz: Michael Lauble, Billerbeck
Umschlag unter Verwendung eines Fotos (Ausschnitt)
von Stephen Petrat: Thomas Neuhaus, Billerbeck
Druck und Bindung: Friedrich Pustet KG, Regensburg
Alle Rechte vorbehalten
ISBN 978-3-7743-0416-1

Inhalt

<i>Jochen Ott</i> Warum Kommunalpolitik Lust an der Verantwortung macht	9
<i>Jochen Ott, Thomas Deres, Wolfgang Uellenberg-van Dawen</i> Vorwort der Herausgeber	13
<i>Helmut Frangenberg</i> Der Weg zur Volkspartei Die Kölner SPD von 1946 bis 1956	17
<i>Wolfgang Uellenberg-van Dawen</i> Von Falken, Jusos und anderen Linken Ein Beitrag zum Verhältnis junger Sozialisten zu ihrer Partei	32
<i>Jeanette Seiffert</i> »Marsch durch die Institutionen?« »68er« in der Kölner SPD (1968–1990)	68
<i>Thomas Deres</i> Die Gegensätzlichen: die Oberbürgermeister Theo Burauen und John van Nes Ziegler	87

Franz Meurer
 Armut in Köln 102

Markus Schwering
 »Zwischen der SPD und der Kultur liegt immer noch
 ein Graben«
 Grundzüge sozialdemokratischer Kulturpolitik in Köln
 (1945–1995)..... 115

Susanne Happe
 Das Dom-Rhein-Projekt und das Museum Ludwig. 162

Arnd Schwendy
 Es lebe die Vielfalt
 Anmerkungen zur Befindlichkeit Kölns
 als sozialer Stadt. 177

Jörg Huwer
 Der Streik türkischer Fordarbeiter im Sommer 1973 209

Michael Schleicher
 Soziale Wohnungspolitik in Köln
 Lebensräume schaffen und gestalten 241

Sebastian Haumann
 Mehr Demokratie wagen?
 Protest und Partizipation bei der Sanierung
 des Severinsviertels 250

Frank Überall
 Die Kölner Medien und die SPD 267

Witich Rossmann
 Industriepolitik für Köln – ein sozialdemokratisches,
 gewerkschaftliches Projekt? 278

Jürgen Zurheide
 Köln: Die Stadt, der Müll und die SPD 306

Jost Dülffer
 »Auferstanden aus Ruinen« – und wie weiter?
 Die SPD in Köln 1945–2008. 320

Die Autorinnen und Autoren 341

In einer Zeit, in der die rechtsradikalen Parteien in den Bezirksvertretungen und im Rat gegen Andersgläubige, Ausländer, Schwule und Behinderte hetzen, in einer Zeit, in der die Rechten wieder versuchen, die Parlamente zu entwerten, indem sie sie mit Dutzenden von Anträgen und Anfragen und geheimer Abstimmung für jeden Kleinkram lahmlegen, in einer Zeit, in der Politiker immer als korrupt und bestechlich verunglimpft werden, die Demokratie als langsam und unentschlossen abqualifiziert wird, und in einer Zeit, in der immer weniger Menschen bereit sind, sich in den Parteien für die Demokratie, ihre Stadt und ihren Stadtteil einzusetzen, soll dieses Buch dazu beitragen, Lust auf Verantwortung und Engagement zu machen.

Die KölnSPD hat sicher nicht immer alles richtig gemacht – in der internen Organisation wie auch in einigen kommunalpolitischen Fragen, in denen sie teilweise falschen Einschätzungen und Ratschlägen folgte. Sie hat aber sicherlich in erheblichem Maß dazu beigetragen, dass Köln eine lebens- und lebenswerte Stadt geworden ist.

In diesem Sinne wünschen wir unseren Leserinnen und Lesern, dieser Ausflug in die Geschichte Kölns möge ihnen einen Gewinn an Information und manche Anregung zum Nach-Denken bescheren.

Köln, im Juli 2008

*Jochen Ott
Thomas Deres
Wolfgang Uellenberg-van Dawen*

Der Weg zur Volkspartei

Die Kölner SPD von 1946 bis 1956

Helmut Frangenberg

Die Nachkriegsgeschichte der Kölner SPD beginnt mit einem Debakel: Bei der ersten Kommunalwahl nach dem Krieg erhielt sie nur 34,6 Prozent der Wählerstimmen, während die CDU als neue Partei aus dem Stand mit 53,4 Prozent die absolute Mehrheit einfuhr. Die Niederlage wurde noch bitterer, weil durch das 1946 noch angewandte britische Wahlsystem nur acht Sozialdemokraten in den Stadtrat einzogen, denen 41 Christdemokraten und zwei Kommunisten gegenüberstanden. Die SPD hatte den Kampf um die Direktmandate haushoch verloren. Nur Theo Burauen und Peter Fröhlich setzten sich in der südlichen Altstadt durch. Über die Reserveliste zogen Robert Görlinger, Mine Härdle, Hans Dohrenbusch, Wilhelm Weber, Friedrich Heidecke und Wilhelm Braun, der zugunsten von Josef Esser verzichtete, in den Rat ein.

Der Start hätte schlimmer nicht sein können, hatte die SPD doch nach dem Krieg geglaubt, dass nur die Sozialdemokraten in der Lage sein würden, Neuanfang und Wiederaufbau zu organisieren. Zum einen empfand man sich nach dem Zusammenbruch der NS-Diktatur als einzige moralisch legitimierte Kraft. Zum anderen wurde die marxistische Logik auf den Zustand Deutschlands übertragen, um eine neue Vorstellung von einer »Volkspartei« zu entwickeln: Das gesamte Volk sei nach Krieg, Zerstörung und Niederlage zum Proletariat geworden. Damit war klar: Nur die SPD konnte nun die einzig

mögliche deutsche Volkspartei sein – selbstverständlich auch da, wo sie vor dem Krieg nicht die stärkste Partei gewesen war. Parteichef Kurt Schumacher hatte den Führungsanspruch für das ganze Land proklamiert – ungeachtet der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung. Doch die physische Proletarisierung hatte psychologisch nicht stattgefunden, wie sich nicht nur in Köln zeigte. Das Weimarer Standesbewusstsein wie auch die Bedeutung der Konfessionszugehörigkeit hatten unter den Trümmern überlebt. Der Mittelstand ließ sich nicht einfach mithilfe der marxistischen Analyse in seine neue Rolle im Gesamtproletariat einweisen.

Die Alternative »Sozialismus oder Untergang«, die man auf die Plakate geschrieben hatte, zog nicht. Zumal der SPD im katholischen »hilligen Kölle« ein besonders starker, neuer Gegner gegenüberstand. Von hier aus formierte Konrad Adenauer seine CDU, die sich von Anfang an als Volkspartei verstand, ohne dafür ideologische Verrenkungen anstellen zu müssen, und mit der Entscheidung für das »C« im Namen die SPD in eine Ecke drängte, aus der sie nur mühsam herausfand. »Die unchristlichen Mächte stehen bereit«, warnte die CDU im Wahlkampf die Kölner. Die vielen Versuche, sich zu verteidigen, zogen nicht. So blieb auch die Belehrung Christian Fettes, der 1946 zum Parteichef gewählt wurde, erfolglos: Die Mehrheit der Kölner konnte wenig mit seiner Behauptung anfangen, dass Sozialismus »gleichbedeutend mit dem Christentum der Tat« sei.

Will man erklären, wie es die Kölner SPD schaffte, in den folgenden zehn Jahren tatsächlich zu einer Volkspartei zu werden, wird man feststellen müssen: Das, was die SPD 1956 auszeichnete, fehlte ihr 1946 fast völlig. Sie hatte keine Verbindung zum Denken und Fühlen der Menschen, die sie belehren und erziehen wollte, anstatt sie zu integrieren und aufzunehmen. Bedenkt man, welches Personal die Partei wieder aufbaute, überrascht das nicht. Die Vordenker um Willi Eichler, Werner Hansen oder den jungen Heinz Kühn waren aus dem politischen Exil zurückgekehrt und dominierten die Arbeit auf Be-

zirksebene. Der führende Mann in der praktischen Arbeit vor Ort war Robert Görlinger, der im KZ Sachsenhausen gesessen hatte. Hinzu kamen einige Aktive, die im Untergrund gearbeitet hatten. Sie sollten vor allem organisatorische Aufgaben übernehmen. »Das Volk«, dessen Partei man sein wollte, hatte in seiner Mehrheit die vergangenen dreizehn Jahre ganz anders verbracht als die Führungsmannschaft der Kölner Sozialdemokraten. Die propagierte Öffnung stieß an nachvollziehbare Grenzen, wenn man mit Radikalität und Konsequenz die Entnazifizierung forderte und den Aufstieg der Nationalsozialisten gleichzeitig fast monokausal mit dem Versagen des Bürgertums in der Weimarer Republik begründete. Die SPD blieb ein in der Vergangenheit verhafteter Gesinnungsverband und eine zentralistisch organisierte Klassenpartei.

Hinzu kam eine radikale Abgrenzung nach links. Görlinger hatte schon vor der Kommunalwahl Zeichen gesetzt: Er erteilte allen, die sich um ein Bündnis mit der KPD bemühen wollten, eine klare Absage und pflegte stattdessen die Kontakte zur CDU. Hatten SPD und KPD zunächst in einigen Kölner Betrieben und den für die Entnazifizierung zuständigen Ortsausschüssen gut zusammengearbeitet, schloss Görlinger die KPD immer weiter aus. Zusammen mit Hans Böckler und anderen führenden Kölner Sozialdemokraten hatte er schon im September 1945 mit der CDU-Spitze um Adenauer, Ernst Schewring und Hermann Pünder eine »Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte« vereinbart. Die KPD gehörte nicht dazu. Die CDU hatte das mit Görlingers einstimmiger Wahl zum Bürgermeister im von den Engländern eingesetzten Stadtrat gewürdigt.

Görlinger wollte diesen Kurs auch nach der Wahl 1946 weiterfahren. Der gebürtige Pfälzer war ein Pragmatiker und kommunalpolitischer Profi. Auch er blieb stark im Denken und in der Ideologie der traditionellen Sozialdemokratie verhaftet. Anders als viele Vordenker auf Bezirks- oder Bundesebene setzte er jedoch auf ganz praktische, realistische, kommunalpolitische Pragmatik. Görlinger war schon 1919 Stadtverordneter

klang zu bringen. Die Sozialdemokratie – und die bundesdeutsche Gesellschaft als Ganzes – hatte in den 1970er-Jahren die Frage zu beantworten, ob die Meinung des durch allgemeine Wahlen bestimmten Parlaments, hier des Stadtrats, eine höhere Legitimation hatte als die der Betroffenen. Die Versuche, dieses Dilemma zu lösen, das in Brandts Versprechen, »mehr Demokratie« zu wagen, angelegt war, waren vielfältig. Während Partizipationsvorstellungen, wie sie die BISA vertrat, für etablierte Politiker in der SPD inakzeptabel waren – sei es aus Glauben an den Parlamentarismus oder aus Machtkalkül –, teilten andere die grundlegenden Überzeugungen der Bürgerinitiative. Am Ende des Konfliktes stand der pragmatische Kompromiss, Formen der Bürgerbeteiligung enger in den normalen Gang der Ratsentscheidungen einzubeziehen. Auch jenseits der SPD wurden zahlreiche weitere Ansätze gefunden, mit dem Dilemma umzugehen. So reduzierten zum Beispiel viele städtische Planungsämter in den 1980er-Jahren ihre Aktivitäten auf öffentliche Räume, das heißt, sie versuchten wesentlich weniger in das Leben der »Beplanten« einzugreifen. Und mit den »Grünen« entstand eine Partei – in Köln kam ein beträchtlicher Teil der Gründungsmitglieder aus der Bürgerinitiativbewegung –, die den Anspruch erhob, die Interessen von Betroffenen direkt in die parlamentarischen Gremien einzubringen.

Die Kölner Medien und die SPD

Frank Überall

Zwischen Politik und Medien gibt es meist einen grundsätzlichen und für beide Seiten gewöhnungsbedürftigen Zielkonflikt. Hat die eine Seite die Rolle, Entscheidungen im Namen der Allgemeinheit vorzubereiten und zu treffen, so muss die andere die für die öffentliche Diskussion notwendigen Informationen bereitstellen, die öffentliche Diskussion mit prägen und dafür sorgen, dass getroffene Entscheidungen bei den Bürgern bekannt werden. Politiker versuchen, die öffentliche Diskussion nach ihren Wünschen zu beeinflussen, die Medien hingegen sind im besten Falle ein unabhängiger Transmissionsriemen, mit Hilfe von Kommentaren jedoch auch ein notwendiges inhaltliches Korrektiv. Es lässt sich nicht leugnen, dass auch Medienunternehmen und deren journalistische wie wirtschaftliche Verantwortliche nicht frei von Interessen sind. An dieser Stelle wird der Versuch unternommen, die Entwicklung dieses permanent schwelenden Konflikts am Beispiel der Kölner SPD und der Kölner Lokalpresse zu schildern.

In der Nachkriegszeit waren die publizistischen Lager in Köln noch fein säuberlich aufgeteilt: Die »Kölnische Rundschau« war klar dem konservativen Lager zuzuordnen und stand der CDU nahe. Hinzu kam die neutralere »Rheinische Post«, die sich erst in den 1970er-Jahren aus Köln zurückzog und dann auf den Düsseldorfer Raum konzentrierte. Die »Rheinische Zeitung«, die später eingestellt wurde, bezog sich

auf das linke Spektrum. Vor allem die SPD fühlte sich von diesem Blatt publizistisch gut vertreten. Immerhin war der erste Chefredakteur nach dem Krieg der Sozialdemokrat Heinz Kühn, der später Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen wurde. Der »Kölner Stadt-Anzeiger« stand in dieser Zeit aus Sicht der Sozialdemokraten eher auf der liberalen Seite. Die sichtbaren Kontakte des Verlegers Alfred Neven DuMont zu bekannten Politikern der FDP war den Genossen später aber nicht unbedingt ein Dorn im Auge.

Im Laufe der Jahre hat sich die Medienlandschaft in Köln dramatisch verändert. Die »Kölnische Rundschau« ist längst kein klares Blatt der Unionsanhänger mehr, und auch der »Kölner Stadt-Anzeiger« vertritt den Anspruch, ein politisch unabhängiges Medium zu sein. Es gibt freilich eine gewisse Vorherrschaft des Verlagshauses DuMont Schauberg, das die Arbeit der Sozialdemokraten in den kommunalen Vertretungen wie in der Partei stets deutlich beeinflusste. Hinter den Kulissen wurde und wird immer wieder die »Gewogenheit« der Redakteure diskutiert. Dabei analysiert man, der Anzeige eines Thermometers gleich, wie die SPD gerade im Spiegel der veröffentlichten Meinung in den verschiedenen Medien dasteht. Wie so oft im Leben unterscheidet sich dabei die gefühlte Temperatur meist von der tatsächlichen.

Einer, der damit jahrzehntelang Erfahrungen machte, ist Klaus Heugel. Der ehemalige Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion erinnerte sich im Gespräch an seine Zeit im Kölner Rathaus. Dabei räumte er freimütig ein, dass er sich gegenüber Journalisten nie in erster Linie als »Verkäufer« sozialdemokratischer Politik sah: »Mein persönlicher Anspruch war eigentlich immer, Informationen rüberzubringen.« Seine Amtszeit fiel aber genau in die Zeit, in der die elektronischen Medien immer wichtiger wurden und selbst die Tageszeitungen verstärkt darauf setzten, sehr aktuell zu sein und Konflikte zu personalisieren.

Wenn die Berliner Journalistin Tissy Bruns in ihrem Buch »Republik der Wichtiguer« feststellt, dass das »Debattenfeature« aus dem Bundestag in der politischen Berichterstattung

nahezu ausgestorben sei, so kann man in Köln einen parallelen Niedergang dieser journalistischen Ausdrucksform beobachten. Ausführliche Berichte über Reden aus dem Rat sind unüblich geworden. Heugel spricht zu Recht von einem »Schlaglicht-Journalismus«, der auch dem schwindenden redaktionellen Platz in den Medien geschuldet ist. Die Kommunalpolitik nimmt nicht mehr den Stellenwert ein, den sie früher einmal hatte. Sie konkurriert viel mehr mit Servicethemen und anderen Berichtsgebieten, die nach Ansicht von »Experten« mehr Auflage bzw. Einschaltquote bringen. Auch aus den Bezirksvertretungen gibt es längst nicht mehr so viele und so lange Artikel wie einst: Der Umfang der Stadtteile-Blätter ist im Laufe der Jahre aus Kostengründen geschrumpft.

Das »Bohren dicker Bretter«, das nach Max Weber Politik ausmacht, wird in dieser Art der Berichterstattung kaum noch vermittelt. Dass Entscheidungen zuweilen ihre Zeit brauchen, ist in der immer schneller werdenden Pressewelt kaum noch darzustellen. Vor allem die Boulevard-Medien interessieren sich immer mehr für die großen, persönlichen Konfliktlinien im Rathaus und in den Parteien, die tatsächliche Lösung komplizierter Probleme folgt weit abgeschlagen. Bei den großen Parteien in Köln wurden sie denn auch immer fündig: Flügelkämpfe ließen die politische Arbeit sowohl bei der CDU als auch bei der SPD immer wieder in den Hintergrund treten. Erst in den letzten Jahren – durchaus parallel zur Bewältigung politischer Skandale der Vergangenheit und zur stärkeren Konkurrenzsituation im Stadtrat – flauten diese dauerhaften innerparteilichen Streitigkeiten ab.

Zwischen der oft linken Mehrheit im SPD-Unterbezirk und der rechten Vormacht in der Ratsfraktion gab es in den 1970er- und 1980er-Jahren oft erbitterte Auseinandersetzungen. Heute sieht Heugel diesen oft öffentlich ausgetragenen Streit auch unter einem positiven Aspekt: »Die Partei muss immer ein Stück weiter sein als die Fraktion. Vor allem in einer Koalition kann man ja keine originäre SPD-Politik machen, das ist eben eine Politik, die als Ergebnis einer Einigung zustande

kommt. Da muss die Partei deutlich machen, was sie – wenn sie es alleine könnte – machen würde.«

Traditionell war im Kölner Rathaus das »Harmoniemo- dell« (Thomas Deres), die traute Einigkeit der SPD mit der CDU-Fraktion, besonders ausgeprägt. Die sozialdemokratischen Ratsmitglieder – oder zumindest ihre Fraktionsführung – nahmen die Vorschrift der Gemeindeordnung anscheinend wörtlich, wonach es keine Parteienkonkurrenz in den kommunalen Parlamenten geben sollte, sondern stets nur die gemeinsame Suche nach den besten Lösungen für die Bürger. Dass Kritiker dies als negativen Klüngel bezeichneten, kümmerte die Beteiligten aufseiten der Volksparteien in Köln lange Zeit nicht. Die FDP war nach einer Phase der Zusammenarbeit mit der SPD und ihrem Scheitern an der damaligen Fünfprozenthürde in weiten Teilen keine ernsthafte Konkurrenz für die große Dul- dungscoalition unter Federführung der SPD und das Aufkom- men der Grünen sorgte erst mit großer Zeitverzögerung dafür, dass die politischen Grenzlinien neu definiert wurden. Die SPD hing an ihrem langjährigen und zuverlässigen Juniorpartner CDU. Eine zaghafte »Brieffreundschaft« zwischen SPD und Grünen im Stadtrat wurde in den 1990er-Jahren bald wieder zu den Akten gelegt, und es dauerte bis ins neue Jahrtausend, bis Rote und Grüne in Köln tatsächlich zu einer tragfähigen Zusammenarbeit fanden. Gerade bei den »Rechten« innerhalb der Kölner SPD wird diese Annäherung vor allem der »grünen« Linie bei den wichtigsten Medien am Ort zugeschrieben: »Beim Kölner Stadt-Anzeiger und in der Lokalredaktion des WDR waren irgendwann die 68er an der Macht, und die haben be- sonders oft positiv über die Grünen berichtet«, meint zum Bei- spiel Norbert Burger.

Die zweite große Konfliktlinie, die ein geschlossenes Auf- treten der Kölner Sozialdemokraten gegenüber der Presse oft verhinderte, war die latente Auseinandersetzung zwischen dem ehrenamtlichen Oberbürgermeister und dem hauptamtlichen Oberstadtdirektor. »Da ging es nicht um sinnvolle Zusammen- arbeit, sondern um knallharte Konkurrenz«, erinnert sich bei-

spielsweise ein Genosse aus der Ära von Norbert Burger und Lothar Ruschmeier, der nicht genannt werden möchte. Schon zuvor hatte sich der einst viel gelobte Kurt Rossa bei den Ge- nossen unbeliebt gemacht: Allzu häufig distanzierte er sich von der Parteilinie und diktierte der Presse bereitwillig kontroverse Ansichten in die Blöcke. Überhaupt wurde es innerhalb der Kölner SPD meist nicht goutiert, wenn ein Genosse oder eine Genossin sich besonders in den Vordergrund stellte. Franz- Josef Antwerpes ist so ein Beispiel – ein bekannter Kopf, der als Regierungspräsident sogar bundesweite Prominenz erreichte. Über den damals mächtigen Klaus Heugel sagte er einmal in einem Interview mit dem »Kölner Stadt-Anzeiger«: »Den Mann kennt in Köln keiner, aber er beherrscht die ganze Stadt. Sie müssen mal mit mir über die Hohe Straße gehen. Ich bin bekannt wie ein bunter Hund.« Dies passt zu der beschriebe- nen Zurückhaltung Heugels, der weniger sich selbst »verkaufen« als vielmehr seine Partei und die Fraktion in den Mittel- punkt stellen wollte.

Auf Landesebene waren die SPD-Abgeordneten meist eben- falls in einem doppelten Dilemma. Einerseits arbeiteten die Abgeordneten auch dort so eng mit ihren Kollegen von der CDU zusammen, dass sich ein öffentlich ausgetragenes Kon- fliktpotenzial nicht immer ergab. Andererseits hielten sich viele Politiker, die im Landtag etwas für Köln durchgesetzt hatten, aus strategischen Gründen mit allzu viel Öffentlichkeit zurück: »Wenn Sie in Düsseldorf was erreicht hatten, dann mussten Sie die Schnauze halten!«, formuliert Heugel drastisch. Hinter- grund war die starke Lobby der Westfalen im Parlament: »Nach Köln fuhren sie zwar alle gerne hin, aber sie gönnten Köln nichts. Das heißt, wir hatten es beim nächsten Mal umso schwerer, was durchzusetzen.« Dass landespolitische Themen mit Kölner Bezug deshalb kaum »verkaufsfördernd« eingesetzt werden konnten, nahm man aus Rücksicht für die gemeinsame Sache in Kauf. Vieles kann man mit »positivem Klüngel« hinter zunächst verschlossenen Türen eben besser erreichen als mit einer konfliktbeladenen Auseinandersetzung über die Medien.